

# Handelspolitik

Die Welthandelsordnung und die internationalen Lieferketten stehen derzeit mehr denn je unter Stress: Die Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen dauert noch immer an. Zusätzlich hat der Krieg in der Ukraine das politische Umfeld radikal verändert. Zudem bleiben die Herausforderungen des Klimawandels ebenso brisant wie der zunehmende Systemwettbewerb mit China. Auf der hektischen Suche nach Antworten auf all diese Herausforderungen gewinnt der Abbau strategischer Abhängigkeiten an Bedeutung. Zugleich richtet die EU mit dem Green Deal ihre Politik auf Klima- und Umweltschutz sowie zirkuläres Wirtschaften aus – eine wichtige Rolle spielen neue unilaterale Handelsbarrieren wie die „Grenzausgleichsmaßnahmen zum Klimaschutz“ (CBAM).

## Stresstest für Lieferketten

Mit ihren Produkten trägt die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie als Teil innovativer internationaler Wertschöpfungsnetzwerke weltweit zu Wohlstand und den UN-Nachhaltigkeitszielen bei. Deutschland exportierte 2021 chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse im Wert von mehr als 230 Milliarden Euro, knapp die Hälfte davon in Länder außerhalb der EU. Zugleich belief sich der Import entsprechender Produkte auf mehr als 162 Milliarden Euro. Auch die Chemie- und Pharmaindustrie importiert Rohstoffe, Vorprodukte sowie Technologie. Die Branche produziert global und nutzt die Nähe zu Absatzmärkten, spezifische

Standortvorteile und ihren Know-how-Vorsprung auf Basis geistiger Eigentumsrechte. Unterdessen investieren und produzieren ausländische Unternehmen hier. Diese internationale Vernetzung kann der Transformation der EU-Industrie im Sinne des Green Deals helfen. Allerdings setzten erst die Corona-Pandemie und dann die Dominanz der Geopolitik den Liefernetzwerken zu. Neben Effizienz und Nachhaltigkeit rückt nun auch die Resilienz als vordringliche Maßgabe in das Koordinatensystem der Wirtschaft.

## Suche nach Regeln fürs 21. Jahrhundert

Die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie hat sich im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) erfolgreich in die Weltmärkte und die internationale Arbeitsteilung integriert. Diese Handelsordnung erodiert seit Jahren schleichend, ein neuer Ordnungsrahmen ist nicht in Sicht. Die EU hat ihre neue Handelsstrategie am Grundsatz der „open strategic autonomy“ ausgerichtet: Es gilt, die EU für die globalen Herausforderungen fit zu machen, ohne ihre Offenheit infrage zu stellen. Doch leider sind die EU-Prozesse für Handelsverträge sehr langwierig. Während zum Beispiel das Abkommen mit dem gemeinsamen Markt Südamerikas „Mercosur“ ratifizierungsbereit auf Eis liegt, werden in Asien mit den beiden großen Handelsabkommen RCEP und CPTPP Fakten geschaffen.

## Dafür setzt sich der VCI ein

- ◆ **Moderne Handelsregeln und offene Märkte statt Alleingänge und Protektionismus**  
Deutschland und die EU sollten sich für Regeln für fairen Wettbewerb, offene Märkte und gegen Protektionismus einsetzen. Klimaschutz, Ernährung, Gesundheitsversorgung und Wohlstand brauchen freien, regelgebundenen Handel. Die WTO ist eine wichtige Basis hierfür, sie bedarf aber der Modernisierung oder Ergänzungen.
- ◆ **Allianzen mit den USA und anderen Partnern durch Handelsabkommen**  
Der Zeitdruck für neue Regeln und die Verbreitung nachhaltiger Technologien ist groß. Daher sind pluri- und bilaterale Allianzen mit Wertepartnern unverzichtbar. Ein Ziel: diversifizierte Handelsbeziehungen. Die EU sollte insbesondere den Schulterschluss mit der US-Regierung suchen und im transatlantischen Technologie- und Handelsrat bei Transformations- und Sicherheitsthemen eng zusammenarbeiten.
- ◆ **Systemwettbewerb mit China**  
Die EU muss den geo- und industriepolitischen Strategien Chinas eine eigene Strategie entgegensetzen. Sie sollte Unternehmen im Systemwettbewerb mit China unterstützen und sich dabei mit Partnern abstimmen.
- ◆ **Wettbewerbsnachteile durch Green Deal ohne Abschottung vermeiden**  
Durch die ambitionierten Ziele und Maßnahmen des Green Deals drohen der Industrie in Europa Wettbewerbsnachteile. Diese durch einseitige Maßnahmen an den Außengrenzen auszugleichen, die nur auf die Verteuerung von Importen setzen, birgt Risiken und Belastungen, die vermieden werden müssen.